

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/77

Bad Godesberg, den 24. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Kiel und Mainz</u>	49

Zum Wahlergebnis von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz

2	<u>Der große Widerspruch</u>	45
---	------------------------------	----

Nach dem VII. Parteitag der kommunistischen SED

3	<u>Mutterpflichten und Mutterrechte</u>	47
---	-----------------------------------------	----

Mütter haben es schwer

4	<u>"26. Soziale Woche in Malaga"</u>	39
---	--------------------------------------	----

Katholisches Lob für Schwedens sozialdemokratische Regierung
Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

5 - 6	<u>Paul Ernst</u>	66
-------	-------------------	----

Zu seinem 70. Geburtstag

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift !

532 Bad Godesberg, Kölnerstraße 108-112, Vorwärtshaus
Telefon: 76617 / 76618 - Telex: NVVD 0885603

Kiel und Mainz

Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz

sp - Die Sozialdemokraten haben gewiß keinen Grund, über den Ausgang der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz alarmiert oder irritiert zu sein. Manche wollten diese Wahlen zu Testwahlen abstempeln. Nun, sie waren weder eine Demonstration für noch eine Absage an die Große Koalition. Dafür wäre auch die Zeit für eine Bewertung durch die Wählerschaft zu kurz gewesen. In Schleswig-Holstein, wo landespolitische Gesichtspunkte stärker zur Geltung kamen als in Rheinland-Pfalz, haben Sozial- und Christdemokraten leichte Stimmengewinne erzielt, die Sozialdemokraten konnten sogar ihren Mandatsstand von 29 auf 30 erhöhen. In Rheinland-Pfalz dagegen mußte die SPD einen Verlust von vier Mandaten hinnehmen. Das ist zwar eine bittere Pille, doch gaben hier wohl aus erklärlichen Gründen für manche Wähler mehr Emotionen den Ausschlag, als am Für und Wider der Landespolitik sich orientierende politische Überlegungen.

Die CDU als Ganzes hat ihren Tiefstand überschritten, sie hat aufgeholt, was sie unter der Führung des früheren Bundeskanzlers Erhard verloren hatte. Die im Herbst vergangenen Jahres erfolgte Regierungsbildung kam der CDU mehr zugute als den Sozialdemokraten. Sie schlug aus der veränderten innenpolitischen Situation, wie es Herbert Wehner in seiner ersten Stellungnahme sagte, für sich mehr politisches Kapital heraus. Die Sozialdemokraten haben es noch nicht verstanden oder vielleicht in falscher Bescheidenheit es unterlassen, ihre Verdienste und das, was sie tun und wollen, ins rechte Licht zu stellen. Auf diesem Gebiet besteht ein Nachholbedarf.

Ein gewiß nicht unbedeutendes Nebenprodukt beider Wahlen, so unterschiedlich auch ihre Ausgangslage sein mag, ist die Tatsache, daß die Gegner der Großen Koalition innerhalb der CDU eben durch die Ausstrahlungskraft dieser Koalition widerlegt wurden. Die Stellung von Bundeskanzler Kiesinger innerhalb seiner Partei ist unangreifbar geworden, seine Autorität gewachsen.

Die Freien Demokraten gehen ziemlich zerrupft aus beiden Landtagswahlen hervor. Sie konnten sich zwar wieder den Einzug in die Landtage von Kiel und Mainz sichern, mußten jedoch beträchtliche Stimmen- und Mandatsverluste in Kauf nehmen. Der Trend nach unten kennzeichnet den Weg dieser Partei, ihre Opposition gegen die Große Koalition schlug sich nicht in achtbare politische Münze um. Sie mögen zwar noch in Kiel und Mainz wieder Minister stellen, doch die Wählerbataillone, auf die sie stützen, unterliegen einem ihre Existenz bedrohenden Verdünnungsprozeß.

Die NPD mußte ihre weitgespannten Hoffnungen zurückschrauben. Zwar zieht sie in beide Landtage ein, doch hat sie weniger Prozentzahlen erreicht, als etwa in Bayern und in Hessen. Der Nymbus eines unaufhaltsamen Aufstiegs dieser Partei, die weder demokratisch, noch national ist, hat eine starke Trübung erfahren. Das häßliche Schauspiel, das eine in sich zerfallene Führung bot, schreckte viele ab. Trotzdem bleibt die Vertretung der NPD nun in vier deutschen Landtagen ein dunkler Fleck in der politischen Landschaft der Bundesrepublik. Freilich ist auch das nicht zu übersehen: Die Große Koalition bewies ihre Fähigkeit, die Extremen aller Schattierungen in ihre Schranken zu verweisen. Und das ist ein Gewinn für die deutsche Demokratie.